

[https://farid.ps/articles/stand\\_with\\_israel\\_in\\_court/de.html](https://farid.ps/articles/stand_with_israel_in_court/de.html)

# Diejenigen, die zu Israel stehen, werden mit Israel vor Gericht stehen

## Einleitung

Seit dem 2. März 2025 hat Israel eine vollständige Belagerung des Gazastreifens verhängt, die jegliche humanitäre Hilfe, einschließlich Nahrung, Wasser und medizinischer Versorgung, blockiert und katastrophale Folgen nach sich gezogen hat, darunter weitverbreiterter Hunger, Todesfälle und der Zusammenbruch des Gesundheitssystems. Berichte beschreiben Kinder, die auf ein Skelett reduziert sind, was an die Befreiten aus nationalsozialistischen Konzentrationslagern erinnert, sowie Krankenhäuser, die aufgrund von Versorgungsengpässen nicht in der Lage sind, Patienten zu behandeln. Diese Handlungen, die von Amnesty International als Völkermord bezeichnet und von einer kürzlich durchgeführten Umfrage unter Völkermordexperten unterstützt werden, verstößen gegen das internationale humanitäre Recht (IHL), das jüdische Recht (Halacha) und die präventiven Maßnahmen, die 2024 vom Internationalen Gerichtshof (IGH) angeordnet wurden. Der Völkermordprozess Südafrikas gegen Israel vor dem IGH, der im Dezember 2023 eingeleitet wurde, wird durch Beweise für *actus reus* (die physische Tat) und *mens rea* (die Absicht) nach der Völkermordkonvention von 1948 gestützt. Die rechtlichen und moralischen Verpflichtungen gemäß der Völkermordkonvention und dem Rahmen der Schutzverantwortung (R2P), verstärkt durch das US-Gesetz über Auslandshilfe, unterstreichen die globale Notwendigkeit, Völkermord, die „Verbrechen der Verbrechen“, zu verhindern. Dieser Essay erläutert diese Verstöße, die Anordnungen des IGH und die Beweise, die Südafrikas Fall untermauern, und betont, dass politische Führer, die Israel trotz starker Beweise für einen fortlaufenden Völkermord weiterhin unterstützen, Anklagen wegen Beihilfe und Anstiftung zu Völkermord und Kriegsverbrechen nach internationalem und nationalem Recht riskieren, was die tiefen moralische und historische Bedeutung dieser Krise unterstreicht.

## Verstöße gegen das internationale Recht

Das internationale humanitäre Recht, geregelt durch die Genfer Konventionen von 1949, Zusatzprotokolle und das Gewohnheits-IHL, legt klare Standards für den Schutz von Zivilisten während bewaffneter Konflikte fest. Israels Handlungen in Gaza verstößen gegen mehrere zentrale Prinzipien:

### 1. Schutz der Zivilbevölkerung und Verbot der Hungersnot:

- Die Vierte Genfer Konvention (Artikel 27) schreibt eine humane Behandlung von Zivilisten vor und verbietet Handlungen, die unnötiges Leiden verursachen. Artikel 54 des Zusatzprotokolls I und das Gewohnheits-IHL (ICRC-Regel 53) verbieten ausdrücklich das Aushungern von Zivilisten als Methode der Kriegsführung. Das Römische Statut des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH) stuft vorsätzliches Aushungern als Kriegsverbrechen ein (Artikel 8(2)(b)(xxv)).

- Israels Belagerung, die seit März 2025 alle Nahrungsmittel, Wasser und medizinischen Versorgungen blockiert, zielt unterschiedslos auf die 2,3 Millionen Zivilisten in Gaza ab und führt zu dokumentierten Hungertoden und schwerer Unterernährung, wie von Amnesty International berichtet (2025). Dies stellt Völkermord dar, wie von Amnesty International und einer Umfrage unter Völkermordexperten bestätigt, die argumentieren, dass die vorsätzliche Entbehrung die Kriterien der Völkermordkonvention erfüllt (Amnesty International, 2025; Umfrage unter Völkermordexperten, 2024).

## **2. Verpflichtung zur Erleichterung humanitärer Hilfe:**

- Artikel 70 des Zusatzprotokolls I und die ICRC-Regel 55 verpflichten die Parteien, schnelle und ungehemmte humanitäre Hilfe für Zivilisten zuzulassen. Israels pauschales Verbot von Hilfslieferungen, einschließlich von den USA finanzierten Konvois, verletzt diese Verpflichtung, wobei UNRWA berichtet, dass seit über 14 Wochen keine Hilfe in den Gazastreifen gelangt ist (UNRWA-Situationsbericht #172, 2024).

## **3. Kollektive Bestrafung:**

- Artikel 33 der Vierten Genfer Konvention verbietet kollektive Bestrafung. Die Belagerung bestraft die gesamte Bevölkerung Gazas für die Handlungen der Hamas und stellt ein Kriegsverbrechen dar, wie von Human Rights Watch hervorgehoben (2023).

## **4. US-Gesetz über Auslandshilfe (Sektion 620I):**

- Sektion 620I verbietet militärische Hilfe für Länder, die US-humanitäre Hilfe einschränken. Israels Blockade von US-finanzierter Hilfe, wie durch ein durchgesickertes Memo des US-Außenministeriums dokumentiert (DAWN, 2025), verstößt gegen dieses Gesetz, wobei Gesetzgeber wie Senator Bernie Sanders die Aussetzung der militärischen Hilfe fordern (Sanders, 2024). Dies spiegelt den moralischen und rechtlichen Imperativ wider, Völkermord zu verhindern, im Einklang mit dem Aufruf der Völkermordkonvention zu Maßnahmen gegen solche Verbrechen.

# **Verstöße gegen das jüdische Recht (Halacha)**

Das jüdische Recht, oder Halacha, basierend auf der Tora, dem Talmud und rabbinischen Auslegungen, betont ethisches Verhalten, auch in der Kriegsführung. Zu den zentralen Prinzipien gehören:

## **1. Pikuach Nefesh:**

- Das Prinzip *Pikuach Nefesh* (Rettung eines Lebens), verwurzelt im Talmud (Yoma 85b), priorisiert die Erhaltung des menschlichen Lebens über fast alle anderen Gebote. Die Belagerung, die Hunger und Tod verursacht, widerspricht diesem Prinzip direkt, indem sie das Leben von Zivilisten unnötig gefährdet.

## **2. Kriegsrecht (*Din Milchama*):**

- Maimonides legt in der *Mishneh Torah* (Gesetze der Könige und ihrer Kriege 6:7) fest, dass während einer Belagerung eine Seite offen bleiben muss, um Zivilisten den Zugang zu lebensnotwendigen Gütern zu ermöglichen, wodurch vollständige Blockaden verboten werden. Israels totale Belagerung, die alle Zu-

gangspunkte blockiert, verstößt gegen diese Regel und verursacht weitverbreitetes Leiden unter Nichtkombattanten, einschließlich Kindern, wie von OHCHR berichtet (2025).

Als Staat, der sich mit jüdischen Werten identifiziert, widersprechen Israels Handlungen den ethischen Geboten der Halacha, insbesondere *Pikuach Nefesh*, das die Priorisierung der Lebensrettung verlangt.

## Verletzung der präventiven Maßnahmen des IGH

Der IGH hat in Südafrikas Völkermordklage gegen Israel im Jahr 2024 verbindliche vorläufige Maßnahmen erlassen, um Völkermord zu verhindern und humanitären Zugang zu gewährleisten:

- **26. Januar 2024:** Israel wurde angewiesen, Handlungen gemäß Artikel II der Völkermordkonvention zu verhindern, einschließlich Tötung, Verursachung schwerer Schäden und Schaffung von Bedingungen, die zur physischen Zerstörung führen, sowie humanitäre Hilfe zu gewährleisten (IGH-Anordnung, 2024).
- **28. März 2024:** Aufgrund der sich verschlechternden Bedingungen, einschließlich Hungersnot, wiederholte der IGH die Notwendigkeit ungehinderten humanitären Zugangs in ganz Gaza (IGH-Anordnung, 2024).
- **24. Mai 2024:** Israel wurde angewiesen, seine militärische Offensive in Rafah zu stoppen und Bedingungen zu gewährleisten, die nicht zur physischen Zerstörung der Palästinenser führen, mit Nachdruck auf ungehinderten Zugang zu Hilfe (IGH-Anordnung, 2024).

Israels totale Belagerung seit März 2025, die alle Hilfslieferungen blockiert und zu Hungersnot führt, widerspricht diesen Anordnungen direkt. Aussagen israelischer Beamter, wie die Erklärung von Finanzminister Bezalel Smotrich im April 2025, dass „nicht einmal ein Weizenkorn nach Gaza gelangt“ (Middle East Eye, 2025), deuten auf Nichteinhaltung hin und stärken Südafrikas Fall.

## Rechtliche Verpflichtungen gemäß der Völkermordkonvention

Die Konvention von 1948 über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes legt den Staaten spezifische Verpflichtungen auf, Völkermord zu verhindern und zu bestrafen, definiert als Handlungen, die mit der Absicht begangen werden, eine nationale, ethnische, rassistische oder religiöse Gruppe ganz oder teilweise zu zerstören (Artikel II). Zu den zentralen Verpflichtungen gehören:

### 1. Verhütung (Artikel I):

- Staaten müssen alle Maßnahmen in ihrer Macht ergreifen, um Völkermord zu verhindern, einschließlich diplomatischer, wirtschaftlicher und militärischer Maßnahmen, um fortlaufende Völkermordhandlungen zu stoppen. Das Urteil des IGH von 2007 in *Bosnien gegen Serbien* stellte klar, dass Staaten handeln

müssen, wenn sie Einfluss auf Akteure haben, die Völkermord begehen, etwa durch Waffenlieferungen oder politische Unterstützung (IGH, 2007).

- In Gaza müssen Staaten, die Israel militärische oder wirtschaftliche Hilfe leisten, wie die USA, Großbritannien und Deutschland, sicherstellen, dass ihre Unterstützung keinen Völkermord fördert. Untätigkeit birgt das Risiko, diese Verpflichtung zu verletzen.

## 2. Bestrafung (Artikel III):

- Staaten müssen Personen, die für Völkermord verantwortlich sind, einschließlich der Mittäterschaft, verfolgen oder ausliefern (Artikel III). Dies gilt für israelische Beamte, wie durch die vom IStGH im November 2024 erlassenen Haftbefehle für Aushungern als Kriegsverbrechen belegt (IStGH, 2024).

## 3. Nicht-Mittäterschaft (Artikel III(e)):

- Staaten dürfen nicht an Völkermord mitschuldig sein, einschließlich durch die Bereitstellung von Waffen oder Unterstützung für Akteure, die völkermörderische Handlungen begehen. Länder, die Israel Waffen liefern, riskieren Mittäterschaft, wenn diese die Belagerung ermöglichen (Amnesty International, 2025).

## 4. Jurisdiktion und Zusammenarbeit (Artikel V-VI):

- Staaten müssen nationale Gesetze erlassen, um die Konvention durchzusetzen, und mit internationalen Gerichten wie dem IGH und dem IStGH zusammenarbeiten. Südafrikas Fall, unterstützt von über 30 Staaten, spiegelt diese Zusammenarbeit wider und drängt den IGH, Israel zur Rechenschaft zu ziehen (IGH-Pressemitteilung, 2025).

# Rechtliche Verpflichtungen gemäß der Schutzverantwortung (R2P)

Die Schutzverantwortung, die 2005 von der UN-Generalversammlung gebilligt wurde (Ergebnisdokument des Weltgipfels, Absätze 138-139), verpflichtet Staaten, Bevölkerungen vor Völkermord, Kriegsverbrechen, ethnischer Säuberung und Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu schützen. R2P besteht aus drei Säulen:

## 1. Säule I: Verantwortung des Staates:

- Jeder Staat muss seine Bevölkerung vor Völkermord schützen. Israel, als Besatzungsmacht in Gaza, versagt bei dieser Verpflichtung, indem es eine Belagerung verhängt, die Hunger und Tod verursacht (OHCHR, 2025).

## 2. Säule II: Internationale Unterstützung:

- Die internationale Gemeinschaft muss Staaten durch diplomatische, humanitäre und andere Mittel unterstützen. Staaten wie Jordanien und Ägypten haben versucht, Hilfe zu liefern, aber Israels Blockade behindert diese Bemühungen (Middle East Eye, 2025).

## 3. Säule III: Rechtzeitige und entschlossene Reaktion:

- Wenn ein Staat seine Bevölkerung nicht schützt, muss die internationale Gemeinschaft kollektive Maßnahmen ergreifen, einschließlich durch den UN-Sicherheitsrat. Israels Nichteinhaltung der IGH-Anordnungen löst diese Verpflichtung aus.

tung aus, obwohl US-Vetos Maßnahmen blockiert haben (UN-Sicherheitsrat, 2024).

## Beweise für Völkermord: *Actus Reus* und *Mens Rea*

Südafrikas Völkermordklage argumentiert, dass Israels Handlungen in Gaza, einschließlich der Belagerung von 2025, Völkermord darstellen, wie von Amnesty International und Völkermordexperten bestätigt:

### 1. **Actus Reus (physische Handlungen):**

- Die Völkermordkonvention (Artikel II) definiert Völkermord als Handlungen, einschließlich Tötung, Verursachung schwerer körperlicher oder geistiger Schäden und das Schaffen von Lebensbedingungen, die auf die physische Zerstörung abzielen. Israels Belagerung erfüllt diese Kriterien:
  - **Tötung und schwere Schäden:** Hungertode, ausgemergelte Kinder und der Zusammenbruch von Krankenhäusern stellen Tötung und schwere Schäden dar (Amnesty International, 2025).
  - **Lebensbedingungen:** Die Blockade schafft Bedingungen für physische Zerstörung, wobei über die Hälfte der Bevölkerung Gazas „katastrophalem“ Hunger ausgesetzt ist (OHCHR, 2025).

### 2. **Mens Rea (Absicht):**

- Die Konvention erfordert die Absicht, eine Gruppe (die Palästinenser in Gaza) ganz oder teilweise zu zerstören. Aussagen von Beamten wie Yoav Gallant (2023), Bezalel Smotrich (2025) und Moshe Saada (2025) zeigen die Absicht, die Bevölkerung Gazas auszuhungern, wie von Amnesty International und The Washington Post berichtet (2025).

## Rechtliche Verantwortung für politische Führer, die Israel unterstützen

Politische Führer, die Israel trotz starker Beweise für einen fortlaufenden Völkermord weiterhin unterstützen, riskieren Anklagen wegen Beihilfe und Anstiftung zu Völkermord und Kriegsverbrechen nach internationalem und nationalem Recht, da ihre Handlungen Israels Verstöße fördern oder ermöglichen können:

### 1. **Internationales Recht:**

- **Völkermordkonvention (Artikel III(e)):** Mittäterschaft an Völkermord umfasst die Bereitstellung materieller Unterstützung, wie Waffen, Finanzierung oder diplomatische Deckung, die völkermörderische Handlungen ermöglicht. Führer in Ländern wie den USA, Großbritannien und Deutschland, die Israel Waffen und militärische Hilfe liefern, können haftbar sein, wenn ihre Unterstützung die Belagerung ermöglicht. Beispielsweise stellen die USA jährlich über 3 Milliarden US-Dollar an militärischer Hilfe bereit, trotz Beweisen für Völkermord (CRS-Berichte, 2025; Amnesty International, 2025).
- **Römisches Statut (Artikel 25(3)(c)):** Der IStGH kann Personen verfolgen, die bei Kriegsverbrechen, einschließlich Aushungern, helfen, anstiften oder unter-

stützen. Die Lieferung von Waffen oder das Blockieren von UN-Resolutionen könnte eine solche Unterstützung darstellen. Menschenrechtsgruppen haben Untersuchungen gegen Beamte aus den USA, Großbritannien und Deutschland gefordert, weil sie Israel bewaffnen und damit Mittäterschaft an Aushungern und Völkermord unterstützen (The Guardian, 2025).

- **Gewohnheits-IHL:** Staaten und Einzelpersonen dürfen nicht zu Verstößen gegen das IHL beitragen. Führer, die bedingungslose Unterstützung leisten, riskieren Haftung für die Förderung von Kriegsverbrechen, wie kollektive Bestrafung und Aushungern. Das Urteil des IGH von 2007 in *Bosnien gegen Serbien* stellte fest, dass Staaten mit Einfluss auf Täter handeln müssen, um Völkermord zu verhindern, oder Verantwortung tragen (IGH, 2007).
- **Universelle Jurisdiktion:** Bestimmte Staaten erlauben die Verfolgung internationaler Verbrechen unabhängig von ihrem Tatort. Führer könnten in Ländern wie Spanien oder Belgien, wo universelle Jurisdiktion auf Völkermordfälle angewendet wurde, rechtlichen Schritten ausgesetzt sein (Al Jazeera, 2025).

## 2. Nationales Recht:

- **US-Recht:**
  - Sektion 620I des Gesetzes über Auslandshilfe verbietet militärische Hilfe für Länder, die humanitäre Hilfe der USA einschränken. Führer, die Israels Verstöße ignorieren, wie von DAWN dokumentiert (2025), könnten nationalen rechtlichen Herausforderungen ausgesetzt sein, weil sie dieses Gesetz verletzen, insbesondere angesichts der Forderungen von Gesetzgebern wie Senator Bernie Sanders nach einer Aussetzung der Hilfe (Sanders, 2024).
  - Das Gesetz zur Umsetzung der Völkermordkonvention (18 U.S.C. § 1091) erlaubt die Verfolgung von US-Staatsbürgern wegen Mittäterschaft an Völkermord. Beamte, die Hilfe für Israel genehmigen, könnten ins Visier geraten, insbesondere wenn Gerichte feststellen, dass diese Unterstützung völkermörderische Handlungen ermöglicht (DAWN, 2025).
  - NGOs haben Klagen gegen US-Beamte eingereicht, die Verstöße gegen nationales und internationales Recht durch fortgesetzte Waffenzulieferungen an Israel behaupten, mit anhängigen Fällen vor Bundesgerichten (Reuters, 2025).
- **Britisches Recht:**
  - Das Gesetz über den Internationalen Strafgerichtshof von 2001 ermöglicht die Verfolgung britischer Staatsbürger wegen Beihilfe zu Kriegsverbrechen oder Völkermord. Der Waffenexport nach Israel, trotz Beweisen für Völkermord, hat rechtliche Herausforderungen gegen britische Beamte ausgelöst, wobei Aktivisten versuchen, Lizenzen zu stoppen (Al Jazeera, 2025).
  - Der britische Ministerkodex verlangt die Einhaltung des internationalen Rechts, und das Versäumnis, Mittäterschaft anzugehen, könnte zu nationaler Verantwortung führen, wie in öffentlichen Untersuchungen zu Waffenzulieferungen ersichtlich (The Guardian, 2025).
- **Deutsches Recht:**

- Das deutsche Völkerstrafgesetzbuch (VStGB) kriminalisiert die Mittäterschaft an Völkermord und Kriegsverbrechen. Der fortgesetzte Waffenexport nach Israel, trotz IGH-Anordnungen, hat zu Klagen gegen deutsche Beamte geführt, wobei Gerichte prüfen, ob der Export internationale Verpflichtungen verletzt (DW, 2025).
- Deutschlands verfassungsrechtliches Bekenntnis zu Menschenrechten, verwurzelt in seinem rechtlichen Rahmen nach dem Holocaust, erhöht den Druck auf Führer, Mittäterschaft zu vermeiden (Deutsches Auswärtiges Amt, 2025).
- **Andere Gerichtsbarkeiten:**
  - Länder wie Kanada, Frankreich und die Niederlande, mit nationalen Gesetzen, die Mittäterschaft an internationalen Verbrechen kriminalisieren, stehen unter wachsendem Druck, Führer zu untersuchen, die Israel unterstützen. Beispielsweise erlaubt das kanadische Gesetz über Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen die Verfolgung von Beamten, die in den Waffenexport involviert sind (Reuters, 2025).
  - Der französische Strafkodex enthält Bestimmungen über Mittäterschaft an Völkermord, und NGOs haben Beschwerden gegen Beamte wegen Waffenzulieferungen an Israel eingereicht (Le Monde, 2025).

### 3. Fallstudien und Präzedenzfälle:

- **Darfur (2009):** Der IStGH erließ Haftbefehle gegen sudanesische Beamte, einschließlich wegen Mittäterschaft an Völkermord, und schuf damit einen Präzedenzfall für die Verfolgung von Führern, die Gräueltaten durch materielle Unterstützung ermöglichen (IStGH, 2009).
- **Srebrenica (1995):** Der Internationale Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien (ICTY) verurteilte Personen wegen Beihilfe und Anstiftung zu Völkermord durch die Bereitstellung logistischer Unterstützung, womit die Haftung für indirekte Beiträge festgelegt wurde (ICTY, Ankläger gegen Krstić, 2001).
- **Myanmar (2017):** UN-Berichte forderten Untersuchungen gegen internationale Akteure, die Myanmar während des Rohingya-Völkermords mit Waffen beliefern, und hoben das Risiko der Mittäterschaft für Staaten und Führer hervor (UN-Menschenrechtsrat, 2018).
- Diese Präzedenzfälle legen nahe, dass Führer, die Israel durch Waffen, Finanzierung oder diplomatische Deckung unterstützen, einer ähnlichen Prüfung ausgesetzt sein könnten, insbesondere da die Beweise für Völkermord zunehmen.

### 4. Praktische Auswirkungen:

- **IStGH-Verfolgung:** Die Haftbefehle des IStGH vom November 2024 gegen israelische Beamte wegen Aushungern als Kriegsverbrechen deuten auf eine aktive Untersuchung hin, die sich auf ausländische Führer ausdehnen könnte, die Unterstützung leisten. NGOs wie Amnesty International haben den IStGH aufgefordert, Beamte aus den USA, Großbritannien und Deutschland wegen Mittäterschaft zu untersuchen (Amnesty International, 2025).
- **Nationale Klagen:** Führer sehen sich zunehmenden nationalen rechtlichen Herausforderungen gegenüber, mit Klagen in den USA, Großbritannien und Deutschland, die Verstöße gegen nationale Gesetze behaupten, die Mittäter-

schaft an Völkermord und Kriegsverbrechen verbieten (Reuters, 2025; DW, 2025).

- **Ruf und politische Konsequenzen:** Führer riskieren öffentliche Gegenreaktionen und Rufschädigung, wie in Protesten und Kampagnen gegen Beamte ersichtlich, die Israels Handlungen unterstützen (Al Jazeera, 2025).
- **Sanktionen und Reiseverbote:** Führer, die in Mittäterschaft verwickelt sind, könnten Sanktionen oder Reisebeschränkungen ausgesetzt sein, wie in Fällen mit sudanesischen und syrischen Beamten zu sehen (UN-Sicherheitsrat, 2011).

#### 5. Beweise, die Haftung auslösen:

- **Amnesty International-Berichte:** Detaillierte Dokumentation der Belagerung Israels als völkermörderisch, mit Forderungen nach Rechenschaft für Staaten, die sie ermöglichen (Amnesty International, 2025).
- **Umfrage unter Völkermordexperten:** Eine Umfrage von 2024, die Israels Handlungen als Völkermord bestätigt, erhöht den Druck auf unterstützende Staaten (Umfrage unter Völkermordexperten, 2024).
- **IGH-Anordnungen:** Israels Nichteinhaltung der Anordnungen von 2024 liefert rechtliche Grundlagen, um unterstützende Staaten für das Versagen, Völkermord zu verhindern, zur Rechenschaft zu ziehen (IGH-Anordnungen, 2024).
- **UN-Berichte:** Warnungen von UN-Experten vor einem „sich entfaltenden Völkermord“ in Gaza implizieren Staaten, die weiterhin Unterstützung leisten (OHCHR, 2025).

## Völkermord als das „Verbrechen der Verbrechen“

Völkermord ist das „Verbrechen der Verbrechen“ im internationalen Recht, ein unauslöschlicher Makel in der Geschichte der Menschheit aufgrund seiner Absicht, ganze Gruppen auszurotten. Der Begriff wurde 1944 von Raphael Lemkin geprägt und in der Völkermordkonvention von 1948 kodifiziert, mit dem Ziel, Gräueltaten wie den Holocaust zu verhindern. Die Völkermordkonvention, R2P und nationale Gesetze wie das US-Gesetz über Auslandshilfe legen einen rechtlichen und moralischen Imperativ fest, Völkermord zu verhindern und zu bestrafen, wobei Staaten und Führer für Untätigkeit oder Mittäterschaft zur Rechenschaft gezogen werden.

## Unterstützung für Südafrikas IGH-Klage

Südafrikas Fall, unterstützt von über 30 Staaten, wird durch Israels Nichteinhaltung der IGH-Anordnungen, internationale Unterstützung, humanitäre Beweise und IStGH-Maßnahmen gestärkt. Das Risiko von Anklagen gegen politische Führer, die Israel unterstützen, unterstreicht die Dringlichkeit, diese Krise anzugehen.

## Fazit

Israels totale Belagerung des Gazastreifens seit März 2025 stellt Völkermord dar, der das internationale humanitäre Recht, das jüdische Recht und die Maßnahmen des IGH verletzt. Die Völkermordkonvention und R2P legen Staaten strenge Verpflichtungen auf, Völkermord zu verhindern und zu bestrafen, Verpflichtungen, die Israel und seine Unterstützer

zer riskieren zu verletzen. Politische Führer, die Israel durch Waffen, Finanzierung oder diplomatische Deckung weiterhin unterstützen, trotz starker Beweise für Völkermord, könnten Anklagen wegen Beihilfe und Anstiftung zu Völkermord und Kriegsverbrechen nach internationalem und nationalem Recht ausgesetzt sein, einschließlich des US-Gesetzes über Auslandshilfe, des britischen IStGH-Gesetzes und des deutschen VStGB. Die internationale Gemeinschaft muss entschlossen handeln, um diese Gräueltaten zu stoppen und Gerechtigkeit durchzusetzen, und sicherstellen, dass diejenigen, die in dieser Krise zu Israel stehen, vor Gericht zur Rechenschaft gezogen werden.

## **Wichtige Zitate**

- UNRWA-Situationsbericht #172
- Amnesty International: Israels Belagerung
- OHCHR: Entfaltender Völkermord
- IGH-Anordnungen 2024
- Smotrich-Aussage
- DAWN: Sektion 620I
- Sanders: Gesetz über Auslandshilfe
- IStGH-Haftbefehle
- Bosnien gegen Serbien
- Ergebnis des Weltgipfels 2005
- Human Rights Watch: IHL in Gaza